

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 6036/39
Telefax: 885948 ppbn d
Telefax: 21 0664

Inhalt

Dr. Richard Schröder
zum 29. Jahrestag des
Mauerbaus in Berlin:
Die Mauer war eine
Mauer gegen die
Wahrheit.

Seite 1

Jochen Welt zur Not-
wendigkeit einer ge-
meinsamen Strategie
der Industrieländer:
Ehrlich über das
Asylantenproblem
sprechen.

Seite 3

Adolf Salzer zur Igno-
ranz des hessischen
Ministerpräsidenten
gegenüber Abrü-
stungsinitiativen: Wall-
mann über den Wol-
ken.

Seite 5

45. Jahrgang / 153

13. August 1990

Die Mauer war eine Mauer gegen die Wahrheit Zum 29. Jahrestag des Mauerbaus in Berlin

Von Dr. Richard Schröder
Vorsitzender der SPD-Fraktion in der Volkskammer der DDR

Vor Jahren gewann eine Staatsbürgerkundelehrerin unvermutet Ansehen bei ihren Schülern. Sie hatte zwar pflichtgemäß die offizielle Lüge vorgetragen: "Als der antifaschistische Schutzwall 1961 gebaut wurde, ging eine Welle der Erleichterung durch das Land. Der Frieden war gerettet." Vorausgeschickt aber hatte sie die Bemerkung: "Und jetzt sage ich etwas, wovon ich selber nicht überzeugt bin." Außenstehende können nicht ermesen, welcher Mut für diesen Satz nötig war. Heute steht wahrscheinlich auch diese Lehrerin unter dem Vorwurf, eine Mitläuferin, eine Stütze des alten Regimes gewesen zu sein.

Die Mauer war eine Mauer gegen die Wahrheit. Gebaut wurde sie 1961, weil die Menschen weggelaufen sind und geöffnet wurde sie 1989, weil die Menschen weggelaufen sind. Eine Politik, vor der die Menschen wegelaufen, ist immer verkehrt, obwohl die Menschen, die wegelaufen, nicht immer im Recht sind.

Die Mauer hat den wirtschaftlichen Ruin der DDR verhindert. Das hatten ihr viele zugute, aber das rechtfertigt sie nicht. Denn sie hat bloß ein trügerisches Wirtschaften ermöglicht, die Planzahlenspiele der Rentabilitätsverschleierung, die Kompetenzverschwendung des Dirigismus, die Lähmung der freien Initiative. Heute müssen wir sagen: Die Mauer hat den wirtschaftlichen Ruin der DDR bloß verschleiert und verschoben. Wir wollen aber nicht ungerecht sein. Es ging uns ja wirtschaftlich so schlecht nicht. Wäre diese Art des Wirtschaftens bei offenen Grenzen möglich gewesen, hätte man ernsthaft darüber reden können, ob sie nicht eine Alternative sei. Aber dies eben war unmöglich. Diese Wirtschaft funktionierte in allen sozialistischen Staaten nur zusammen mit einem Staatssicherheitsdienst, mit einer Diktatur über die Sprache und über die Gehirne der Menschen. Und dieses Mittel bringt jeden noch so gut gemeinten Zweck in Verruf. Die Mauer selbst, diese betonierte Menschenfanganlage, war ein Mittel, das von keinem Zweck geheiligt werden konnte.

Gleich nach dem Bau der Mauer aus Beton wurde der elektronische Mauerbau versucht. Für das Radio besorgten das die Störsender. Man holte Fernsehantennen von den Dächern. Oberschüler mußten unterschreiben, daß sie keine Westsender hören oder sehen. Dieses Verbot wurde bald beschränkt auf bestimmte Berufe. Dadurch entstand eine andere Mauer in unserer Gesellschaft; die zwischen den

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Produktion Ökopro
mit wertvollen Rücklagen
Recycling-Papier



Westfernsehern und den Ostfernsehern. Dazwischen gab es die heimlichen Westfernseher, die nichts gesehen haben durften. Sie mußten in der Frühstückspause so tun, als wüßten sie nichts von der Sendung, um die das Gespräch gerade ging. Wer beschreibt einmal die Konflikte der Kinder, die von Hause aus Ostfernseher sein mußten?

Und schließlich hatten wir noch die Mauern aus Papier, die Zeitungen und die Lehrbücher, diese stereotypen Sichtblenden vor der Wirklichkeit. Vielen unserer Schriftsteller kommt das Verdienst zu, hier und da Löcher in diese Sichtblenden gebohrt zu haben. Wer übersieht, wie mühselig und riskant das war, begleitet von Selbstzweifeln, ob man nicht mit solcher Kritik vielleicht doch einer an sich guten Sache schadet, der mag sich heute auf den Richterstuhl setzen und vom Versagen der DDR-Schriftsteller sprechen. Ich weiß es besser. Wir Lehrer haben viel Ermutigung erfahren aus diesen kleinen Versuchen mit der Wahrheit.

Es ist bekannt, warum die Mauer fiel. Die SED verstand nicht, was Gorbatschow wollte. Das Politbüro war das Opfer der Sichtblenden geworden, mit denen es sich selbst umgeben hatte. Die Naturgesetze des Alters wirkten unerbittlich. Hier rächte sich noch einmal die sozialistische Scheindemokratie, die den Volkswillen durch den Geheimdienst statt durch Wahlen ermitteln ließ und keine Regeln der geordneten Machtübergabe entwickelt hatte. So wurden die Herrschenden überrascht von der Wirkung, die die Öffnung der ungarischen Grenze nach Österreich auslöste, und von den Botschaftsbesetzern. Ohnehin hatte sie längst die Fähigkeit verloren, die Stimmung der Bevölkerung korrekt einzuschätzen. Wer anderen den Mund verbietet, kann nur noch vermuten, was sie sagen würden, wenn sie dürften. Was sie alles noch vorhatten für den Fall der Fälle, die chinesische und die rumänische Lösung und, als unfreiwilligen Beleg der Totalitarismustheorie, auch noch Internierungslager oder KZ, davon wollen wir lieber schweigen.

Die Öffnung der Mauer wurde aber auch vorbereitet durch die neue Ostpolitik der Bundesregierung, eingeleitet von Willy Brandt und fortgesetzt von Helmut Schmidt und Helmut Kohl. Seitdem bundesdeutsche Korrespondenten in der DDR arbeiten konnten, lernten DDR-Bürger ihr Land besser kennen. Als das SPD-SED-Papier im "Neuen Deutschland" stand, konnte man in unserem Lande Sätze zählen, die zuvor als staatsfeindlich beschimpft worden wären. Als die bundesdeutsche Bewegung gegen die Nachrüstung begann, konnten wir hier in der DDR erstmals umfassend über die Probleme der atomaren Bewaffnung in Ost und West diskutieren. Andere Gruppen in der DDR brachen das verordnete Schweigen um unser Umweltdesaster. Das alles erscheint jetzt wie ein Vorspiel auf die deutsche Einigung, auch wenn die deutsche Zweistaatlichkeit von den meisten dabei noch selbstverständlich vorausgesetzt wurde. Wir begannen schon damals, unsere Probleme zu vereinigen oder: uns den Problemen zuzuwenden, die keine Grenzen respektieren.

Wir müssen jetzt darauf achten, daß wir uns nicht auf die deutsch-deutschen Probleme beschränken. Sonst müssen wir uns vorwerfen lassen, daß die Öffnung der Mauer unseren Horizont durch Rhein und Oder beschränkt hat. Das darf nicht sein.

Die Öffnung der Mauer am 9. November 1989 hat einen Taumel der Begeisterung ausgelöst. Die Begeisterung und der Taumel sind verfliegen, denn das Land steckt heute, sechs Wochen nach der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion in einer tiefen Krise. Viele verstehen nicht, was dies nun folgt, die wirtschaftliche Stagnation, Arbeitslosigkeit diesen Ausmaßes.

Die Öffnung der Mauer war unvorbereitet und insofern die letzte Verantwortungslosigkeit des Politbüros. Eine geordnete Währungspolitik, eine geruhsame Umstellung unserer Wirtschaft war deshalb nicht mehr möglich. Wir waren zur Robkur gezwungen. Nach dieser Operation kann der Patient nicht zum Leistungssport aufgefordert werden. Zwar ist jede Therapie aussichtslos, wenn der Patient nicht mitzieht. Aber ein Appell an die "Selbstheilungskräfte" nützt ebenso wenig wie wahlkampfmotiviert Schuldzuweisungen. Was allein hilft, ist eine Kooperation, die die deutsche Einigung, die wir noch dieses Jahr vollziehen wollen, bereits jetzt vorwegnimmt: Eure Probleme sind unsere Probleme, wie lösen wir sie am besten? Jedenfalls gemeinsam. Es müssen schnellstens Zeichen gesetzt werden. Denn ohne Hoffungszeichen kommen wir nicht durch das jetzige Tief und also auch nicht auf die Beine.

(-/13. August 1990/rs/fr)

Ehrlich über das Asylantenproblem sprechen
Zur Notwendigkeit einer gemeinsamen Strategie der Industrieländer

(Teil I)

Von Jochen Welt
Bürgermeister der Stadt Recklinghausen
Mitglied des SPD-Parteirates

Unter der Last des Übersiedler- und Asylantenproblems stöhnend, bewegen sich die Städte und Gemeinden auf gefährlich dünnem Eis.

Das Eis splittert. Man hört es, man sieht es - und man tut nichts. Zuviele Verantwortliche, die die Problematik sehen, schweigen sie tot oder kurieren allenfalls an den Symptomen herum, kaum jemals über den Tag hinaus. Dabei wäre es neben der Beschäftigung mit den Auswirkungen der Asylantenwelle hier bei uns ebenso dringlich, sich mit den Einwirkungen zu befassen, die in den Heimatländern zur Flucht oder Aussiedlung geführt haben.

Nur: Gerade diese Scheu, die Situation und die aus ihr entstehenden Gefahren realistisch sehen und einschätzen zu wollen, ist gefährlich.

Und das leider oft zu bemerkende vorschnelle Einsortieren in die "rechte Kiste" all derer, die über eine rosa Brille hinweg blicken und die Dinge beim Namen nennen, verhindert Erfolge, lähmt und paralyisiert. Der argumentative Knüppel des drohenden Rechtsradikalismus kann allen guten Willen, alle möglichen Verbesserungen erschlagen. Erster Schritt beim Thema "Asylantenproblem" muß deshalb sein: Ehrlich über die Wahrheit reden, auch Unbequemes ansprechen, keine Schere im Kopf dulden.

Es ist doch ein Trugschluß, annehmen zu wollen, wir Politiker könnten unseren direkt betroffenen Mitbürgern ihre selbst erfahrenen Probleme schön- oder gar wegreden. Da wäre reine Theorie.

Die Theorie sagt auch: "Unser Land, die Bundesrepublik, ist eines der reichsten Länder Europas. Wir werden doch wohl in der Lage sein, Asylsuchende aufzunehmen."

Für mich ist eine klare Position hierzu der notwendige zweite Schritt: "Gerade wir haben aus unserer Vergangenheit eine nicht wegzudiskutierende Verpflichtung allen Flüchtlingen gegenüber. Humanitäre und christliche Motive müssen unser Handeln leiten."

Soweit die Theorie und gute Absicht.

Gerade hier aber greift dann die Kraft der Fakten, kommt das bekannte "Prinzip ja, aber...".

Die Politiker, die vor Ort im Wahlkreis mit allen Problemen der Integration von Asylsuchenden zu tun haben, haben viel zu erzählen. Von den Ruhestörungen angefangen über vermeintliche Diebstähle bis hin zu Belästigungen, Beobachtungen, die wir auch gerne ausländerspezifische Vorurteile nennen. Wenn diese Diskussion beginnt, wird fast jeder kritische Redebeitrag als mögliche rechtsradikale Argumentation ausgebrems.

Hier wird in der Regel, dieses unterstelle ich bei dem weitaus größten Teil der Vertreter demokratischer Parteien, der Überbringer der Nachricht angegriffen, an die eigentlichen Probleme will man offensichtlich nicht heran. Was aber so unter der Decke gehalten wird, ist die oben genannte drohende soziale Katastrophe.

Dieses Verhalten der Verantwortlichen ist eine Realitätsflucht.

So entstehen schließlich Bürgerinitiativen gegen die Asylantenunterbringung mit unterschiedlicher politischer Zielsetzung. Wie klar ist es doch, daß hier die rechtsradikalen Parteien versuchen, ihr Süppchen zu kochen. Es besteht die Gefahr, daß sie auf der Basis des gegenwärtigen nationalen Taumels einen noch besseren Nährboden finden als vorher, daß dann wirklich Vorurteile und Schutzargumente das politische Bewußtsein weiter Teile der betroffenen Bevölkerung bestimmen werden. Denken wir nur an den plötzlich aufschäumenden Ausländerhaß in der DDR, seine rechtfaschistischen Komponenten.

Und in einer solchen Situation sind die demokratischen Parteien sprachlos. Die Beschäftigung mit den deutsch-deutschen Problemen kostet sie viel Kraft, Geld und Emotionen, unbestritten. Nur dürfen in dieser Zeit eben nicht die Augen verschlossen werden vor den Problemen der Menschen, denen es noch viel schlechter geht als uns, die aus unterschiedlichen Gründen als Flüchtlinge zu uns kommen. Aber auch geschlossene Augen vor den Reaktionen unserer Mitbürger, die aus unterschiedlichen Gründen soziale

Ängste haben, wären mehr als gefährlich. Nein, wir müssen beide Gruppen klar sehen, unsere Menschen hier und die, die zu uns kommen wollen und werden.

Die Asylsuchenden haben unterschiedliche Gründe. Ohne Zweifel kommt ein Teil der Betroffenen aus Konfliktgebieten, in denen sie ihres Lebens nicht mehr sicher sind. Ebenso gibt es eine große Zahl Asylsuchender, die als Minderheiten oder Andersdenkende politisch verfolgt werden. In diesen Fällen greift die Asylgesetzgebung mit einem hier vor Ort nicht mehr nachzuvollziehenden Verfahrensweg und unzähligen Sonderregelungen im Falle der Ablehnung eines Asylgesuchs.

Das beste Beispiel dafür ist die gegenwärtige Diskussion über die Flüchtlingsgruppe der Roma. Manche Gemeinde gelangt da an den Rand des sozialen Kollapses, denken wir an Lebach oder Bonn.

Es gibt den anderen Teil der Asylsuchenden, die Gruppe der "Wirtschaftsflüchtlinge". Der Begriff "Wirtschaftsflüchtling" ist zu einem Schimpfwort geworden, weil er suggeriert, daß diejenigen, die flüchten, sich nur wirtschaftlich verbessern wollen.

Und wenn? Das "Streben nach Glück" ist ein wesentliches Bürgerrecht, zum Beispiel in der amerikanischen Verfassung, auch wir nehmen es für uns in Anspruch. Die "Wirtschaftsflüchtlinge" tun dies auch.

Wir müssen uns sogar fragen, ob diese Gruppen - insbesondere die aus den Entwicklungsländern - nicht auch einen moralischen Anspruch haben, weil sie ja über Rohstoffausbeute und Billiglohnarbeit in ihren Heimatländern nicht unwesentlich am Gelingen unseres Wohlstandes beteiligt waren und sind, von ihren Leiden unter den Kolonialmächten ganz zu schweigen.

Es fällt schwer, dies mit der mit Notquartieren konfrontierten Wohnbevölkerung zu diskutieren. Sie erlebt andere Kulturtechniken, andere Einstellungen, muß sich mit offensichtlichen und großen Belastungen auseinandersetzen. Der Appell an die Toleranz und die Nächstenliebe stößt da an seine natürlichen Grenzen. Wir können zwar für Toleranz werben, aber wir können sie nicht erzwingen oder als Politiker nach pflichtschuldigen Toleranzapellen gar den Kopf in den Sand stecken.

Und das tun wir meiner Meinung nach schon dann, wenn wir uns in unserem politischen Handeln auf ein Handeln nur hier bei uns beschränken. Dadurch etwas ändern zu wollen, ist reine Illusion.

Oder will man durch das Bauen von Notunterkünften in der Stadt neue Fluchtwellen, etwa aus Albanien oder demnächst aus den Maghrebstaaten, verhindern? Hier hilft keine Tagespolitik, keine Nabelschau, vernetztes Denken ist gefragt.

Es ist unverständlich, warum die Bundesrepublik mit den westlichen Industrienationen hier keine gemeinsame Strategie entwickelt. "Think big" muß der nächste Schritt sein; in Jahrzehnten denken, Strategien und nicht nur Taktiken entwickeln.

Wir können sicher davon ausgehen, daß landes-, welt- und wirtschaftspolitische Probleme, die zu der Entscheidung, das Heimatland zu verlassen, geführt haben, nicht in Deutschland und Europa zu lösen sind. Deshalb wird man sich nach wie vor zu begrenzen haben bei der Auslegung der Asylbestimmungen.

Ein Öffnen der Grenzen würde die Bundesrepublik nämlich zu einem faktischen Einwanderungsland machen. Einwanderungsland - Reizwort oder Soll-Zustand unseres Landes?

Nach meiner festen Überzeugung würde diese Republik die Umstrukturierung in ein Einwanderungsland nicht ertragen, trotz aller wohlmeinenden und optimistischen Modelle, die entwickelt worden sind. Eine solche bewahrende Asylpolitik kann ihre moralische Legitimation nur dann finden, wenn gleichzeitig eine überlegte und wirkungsvolle wirtschafts-, und entwicklungspolitische Unterstützung der Heimatländer erfolgt.

Zum häufigen Einwand der ungefährlichen, ja wünschenswerten multikulturellen Gesellschaft: Sie ist im grauen Alltag eben nicht nur eine Kette fröhlicher internationaler Straßenfeste, sondern belastet durch ihre Vielschichtigkeit eben auch die Mehrzahl derer bei uns, die nun mal in festen Bahnen leben. Warum sollten sie sich umstellen wollen, das ändern oder gar ändern lassen, was ihnen gefällt? Auch sie haben Rechte.

Zurück zur Strategie der beiden Lösungsansätze.

Wir brauchen eine europäische Lösung in europäischer Solidarität, der nächste Schritt muß deshalb Richtung Einheit Europas gehen, in einem Schulterschuß mit den EG-Mitgliedstaaten.

Zunächst muß es einheitliche europäische Anerkennungsverfahren fürs Asyl geben, die in überschaubaren Zeiten abgeschlossen werden können. Um hier allen Beteiligten Gerechtigkeit widerfahren lassen zu

können, ist eine nur durch Verfahrensstraffung, Gesetzesvereinfachung und europäische Rechtsangleichung zu erreichende Rechtssicherheit notwendig. Rasche und eindeutige Entscheidungen ebenso wie konsequente Umsetzung von Urteilen und Entscheidungen sind unverzichtbar.

Bei einer europäischen Rechtsangleichung darf es jedoch nicht zu einer Nivellierung der Gesetze auf ein gemeinsames unteres Niveau kommen.

Unser Asylrecht ist in seinen Ideen gut und durchaus vorbildhaft! Unbedingt ist eine klare, wasserdichte Definition, zum Beispiel des Umstandes der politischen Verfolgung, gerade in bezug auf Sinti und Roma.

Sehr wichtig ist die Verbesserung der Verteilung im gesamten Bundesgebiet und der praktizierten Unterbringung in den Gemeinden. Dabei muß es zwingend sein, das Bauland, die gegenüber ländlichen Gemeinden stark belastet sind, mehr entlastet werden, daß eine flächendeckende Verteilung erfolgt.

Flächendeckend muß auch heißen, verantwortungsdeckend. Keine Kommune, kein Landstrich darf sich hier aus der Solidaritätsgemeinschaft stehlen. Auch vor dem 'Asylanten-Verteilungsgesetz' sind alle gleich!

Unwürdige Unterbringung in Turnhallen und Wohnwagen, gar in Badeanstalten und Leichenhallen muß der Vergangenheit angehören. Angemessene erste Unterkünfte abseits von Wohnsiedlungen, mit denen Möglichkeiten der ständigen Sozialarbeit, müssen vorhanden sein. Wir müssen weiter die systematische, dezentrale Eingliederung in Normalwohnungen und Normal-Wohngebiete unter begleitender Betreuung anstreben.

(-/13. August 1990/rs/fr)

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe)

Wallmann über den Wolken

Zur Ignoranz des hessischen Ministerpräsidenten gegenüber Abrüstungsinitiativen

Von Adolf Salzer

Pressesprecher der SPD Hessen-Süd

Friedberg, Limburg, Wiesbaden, Frankfurt - Kommunalpolitiker sehen eine reelle Chance, Gefahren und Belastungen durch Militär in ihrem Gebiet zu verringern oder gar ganz abzustellen. Das Ende der Blockkonfrontation und die von der amerikanischen Regierung in Aussicht gestellte Reduzierung der Truppen in Deutschland lassen hoffen. Doch während sich beispielsweise das CDU-Kabinett in Stuttgart an die Erarbeitung einer Nutzungskonzeption für Militärfächen macht, fliegt Hessens CDU-Ministerpräsident nur eben mal medienwirksam Richtung Washington, um im übrigen die Städte und Kreise mit ihren Abrüstungsinitiativen alleinzulassen.

So kommt es dann, daß der Landrat des Landkreises Limburg-Weilburg, Manfred Fluck, seinen Protest gegen Tieffluglärm nur mit Hindernissen im Bonner Verteidigungsministerium anbringen kann. Fluck und seine 30köpfige Delegation wird zunächst der Zutritt zum Ministerium verweigert. Erst nach einiger Zeit kann der sozialdemokratische Landrat die rund 1.000 Beschwerdebriefe und die Protokolle von etwa 1.300 Anrufern zu diesem Thema einem Oberstleutnant überreichen.

Die Kreisstadt Friedberg sieht sich zu juristischen Schritten gezwungen, um den Abzug der US-Armee vom Gelände des umstrittenen Panzer- und Schießgeländes sowie der Raketenabschußanlagen 'Am Winterstein' zu erreichen. Bürgermeister Ludwig Fuhr, der bereits den Nutzungsvertrag aus dem Jahr 1965 bei der zuständigen Bundesvermögensstelle fristlos gekündigt hat, rechnet mit einer juristischen Auseinandersetzung, die bundesweit Modellcharakter haben könne.

Die ungenügende Unterstützung, die Kommunalpolitikern durch die Regierung Wallmann zuteil wird, verwundert umso mehr, als die Amerikaner erst am 15. September bekanntgegeben wollen, welche Liegenschaften in der Bundesrepublik sie aufgeben wollen. Diese Frist will denn auch die Wiesbadener SPD-Bun-

destagsabgeordnete Heidemarie Wieczorek-Zeul nutzen, um ihren seit Jahren gehenden Kampf gegen die Stationierung von US-Hubschraubern in Wiesbaden-Erbenheim zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Druck auf die Bundes- und die Landesregierung wollen sie und Ihre Mitstreiter aus der betroffenen Region deshalb ausüben.

Weiche Namen auf der Liste der Liegenschaften stehen werden, auf die das Pentagon verzichten will, dies hält auch der Leiter des Forschungsinstituts für Friedenspolitik in Starnberg, Erich Schmidt-Eenboom, für eine "Frage der Verhandlungen mit den Amerikanern". Als Hebel, mit dem die Amerikaner künftig zu einer flächensparenden Stationierung zu bewegen wären, sieht Schmidt-Eenboom, ein ehemaliger Hauptmann der Bundeswehr-Heeresflugabwehr, das NATO-Truppenstatut an. Bisher werden den Amerikanern die gewünschten Liegenschaften kostenlos überlassen. Der Starnberger Friedensforscher nun tritt für eine Neuregelung der Bedingungen ein, unter denen sich ausländische Truppen in der Bundesrepublik aufhalten. Falls die Amerikaner für Ihnen überlassenes Gelände wenigstens die Hälfte der ortsüblichen Pacht zahlen müßten, würden sie den Flächenverbrauch reduzieren.

Frankfurts Oberbürgermeister Volker Hauff den Rücken stärken wollte offensichtlich die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), als sie jetzt eine 27seitige Studie "Abrüstung in Frankfurt?" vorlegte. Zwar warnt der Autor, der Rüstungskontroll- und Militärexperte Hans-Joachim Schmidt, vor übertriebenen Erwartungen. In den nächsten Jahren, so die Quintessenz seines Papiers, kann Frankfurt keine einschneidenden Reduzierungen und damit auch nicht die erhoffte Entlastung auf dem Wohnungsmarkt erwarten. Nach den Recherchen des Friedensforschers kann es sogar so kommen, daß die Bedeutung des Standorts Frankfurt mit dem V. US-Corps und derzeit rund 14.000 Soldaten für die Amerikaner noch wächst, nämlich dann, wenn das VII. Corps in Stuttgart aufgelöst wird. Doch eine Schließung einiger kleinerer Einrichtungen hält Schmidt schon in nächster Zeit für möglich. Und: "Längerfristig sind auch größere Truppenreduzierungen in Frankfurt vorstellbar, besonders wenn die US-Straitkräfte ihre Anwesenheit auf eine politisch-symbolische Präsenz abbauen sollten." Die Verringerung der US-Präsenz, die Absenkung der Manöverhöchststärken und die reduzierte Häufigkeit von Großmanövern werde zudem eine Verkleinerung der Rhein Air Base sowie der militärischen Flugbewegungen erlauben.

Was in Sachen Abrüstung in Frankfurt und in Hessen letztendlich erreicht wird, dies hängt Schmidt zufolge zwar primär von den strategischen Planungen in Washington, zum Teil aber auch von der Akzeptanz der US-Truppen in der jeweiligen Region ab. Der Druck, der von Bürgerinitiativen, Kommunalpolitikern und der Landesregierung kommt, kann nach seiner Einschätzung die Entscheidung darüber, was wo wie schnell abgebaut wird, beeinflussen.

Das Kabinett Wallmann allerdings läßt es an Engagement auch auf diesem Gebiet fehlen. Eine "zum Himmel schreiende Tatenlosigkeit" wirft ihr der SPD-Landesvorsitzende Hans Eichel vor. Eichel fragt, ob die Landesregierung mit den Amerikanern überhaupt in Verhandlungen stehe oder in Sachen Abrüstung nur Selbstgespräche führe. Auch die konkreten Abrüstungsvorschläge der Hessen-SPD sowie die von Volker Hauff habe sie weder geprüft noch gar weiterentwickelt. Wenn die hessische CDU/FDP-Koalition nicht endlich eine Abrüstungskonzeption für das Land entwickle, verpöle sie eine historische Chance - zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger Hessens.

(-/13. August 1990/rs/fr)
